

Noch mehr Widerstand gegen die geplante Steuererhöhung

Auch der Gewerkschaftsbund ist gegen den Vorschlag des Regierungsrats.

VON ROLF CAVALLI

Der Aargauische Gewerkschaftsbund geht hart ins Gericht mit dem Sanierungspaket, welches der Regierungsrat letzte Woche vorgestellt hat. Die vorgeschlagenen Massnahmen seien einfach nicht nachhaltig, meint der neue Gewerkschaftspräsident Florian Vock auf Anfrage der az. «Insbesondere inakzeptabel sind Vorschläge, die bereits von der Bevölkerung abgelehnt wurden.» Vock meint damit unter anderem die Erhöhung des Vermögensverzehrs bei AHV-Bezüglern in Heimen oder Spitälern, welche das Volk abgelehnt hat.

Vock kündigt an: «Wenn die Massnahmen negative Auswirkungen auf die Anstellungsbedingungen von Kantonsangestellten des Strassenunterhaltes, auf Gefängniswärter, Pflegefach- oder Lehrpersonen haben, werden wir sie vehement bekämpfen.»

Auch beim Thema Steuerfusserhöhung klemmt der Gewerkschaftsbund. Vock: «Wir akzeptieren eine Steuerfusserhöhung erst dann, wenn vorher erstens die Steuergeschenke an Unternehmensgewinne rückgängig gemacht werden und zweitens die sehr Reichen über die Vermögenssteuer ebenfalls einen Beitrag leisten.» Da diese Forderungen im Grossen Rat chancenlos sein dürften, kann die Regierung also auch von der Gewerkschaft keine Unterstützung für eine lineare Steuerfusserhöhung um 5 Prozent erwarten. Einzig bei

der Aussetzung der Schuldentilgung macht der Gewerkschaftsbund mit.

Kaum Sukkurs der Wirtschaft

Standesgemäss ist bei den Wirtschaftsverbänden mit Widerstand gegen die geplante Steuerfuss-Erhöpfung um zu rechnen. Zwar wollen der Aargauische Gewerbeverband (AGV) und die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) die einzelnen Sanierungsmassnahmen erst genau prüfen, bevor sie offiziell Stellung nehmen.

AHIK-Geschäftsführer Peter Lüscher meint: «Eine Gesamtsicht zur Sanierung des Staatshaushalts ist aus unserer Sicht zu begrüessen.» Gesunde Staatsfinanzen seien schliesslich ein wichtiger Standortfaktor. Aber: «Dass wir eine Steuererhöhung unterstützen, ist mit Blick auf unsere bisherigen Stellung-

nahmen zu Entlastungsmassnahmen nicht zu erwarten.»

Auch der Gewerbeverband «begrüssst eine umfassende Sanierung», sagt Präsident Kurt Schmid, macht aber gleichzeitig klar: «Das vorgelegte Paket muss in einigen Punkten nachgebessert werden.» Dazu dürfte auch das Thema Steuern gehören. Etwas anderes als eine klare Ablehnung der 5-Prozent-Steuererhöhung seitens des Gewerbeverbandes ist nicht zu erwarten.

Damit steht die Regierung fast alleine da. Denn auch bei den Fraktionen im Grossen Rat - von SVP bis SP - fällt eine Steuererhöhung mehrheitlich durch. Einzig GLP, Grüne und EVP unterstützen Mehreinnahmen via Steuerfuss-Erhöpfung. Geht es nach den Grünen, müsste die auf 2019 geplante Steuererhöhung gar um ein Jahr vorgezogen werden.